

Über 90 Prozent der Immobilienkäufer achten auf Energiebilanz

Die energetische Qualität eines Gebäudes trägt maßgeblich zur Kaufentscheidung von Immobilieninteressierten bei, so das Ergebnis einer Studie des Finanzdienstleisters Interhyp AG und des Onlineportals ImmobilienScout24. Bei dem Ende November vorgestellten Immobilienbarometer wurden insgesamt 1.896 Immobilieninteressierte zu ihren Entscheidungskriterien beim Objektkauf befragt. Für 26 Prozent der Umfrageteilnehmer sind die Qualität der Bausubstanz und Heizungsanlage ebenso wichtig wie Lage, Preis oder Ausstattung einer Immobilie. Weitere 61 Prozent gaben an darauf zu achten, dass die Energieeffizienz eines Gebäudes in einem angemessenen Verhältnis zu dessen Preis stehe. Lediglich 10 Prozent erklärten, kein großes Interesse am energetischen Zustand zu haben und nur 3 Prozent der Befragten maßen der Energiebilanz einer Immobilie gar keine Bedeutung zu. Besonders wichtig sind den Befragten eine moderne Heizungsanlage sowie eine gute Dämmung von Fassade und Dach. Auf Fenster mit Mehrfachverglasung achten 57 Prozent der Umfrageteilnehmer.

Der seit 2009 gesetzlich vorgeschriebene Energieausweis, der beim Besitzer einer Immobilie angefordert werden kann, hilft Kaufinteressenten dabei jedoch scheinbar nicht weiter: So gaben mehr als 20 Prozent der Befragten an, der Energieausweis sei für ihre Entscheidung unbrauchbar. Knapp die Hälfte der Umfrageteilnehmer attestierte dem Dokument einen bedingten Nutzen.

Die Originalmeldung

Endbericht zur nationalen Klimaschutz- und Energieeffizienzstrategie

Unter dem Titel „Energieeffizienz: Potenziale, volkswirtschaftliche Effekte und innovative Handlungs- und Förderfelder für die Nationale Klimaschutzinitiative“ liegen nun die Ergebnisse eines Forschungsprojekts des Bundesumweltministeriums (BMU) im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) vor.

Analysiert wurden die Effizienz- und Klimaschutzoptionen in Deutschland hinsichtlich der technischen und wirtschaftlichen Potenziale, der angesprochenen Akteursgruppen, der Exportchancen und der Lücken in der politischen Instrumentenlandschaft.

Zu den strategischen Empfehlungen für die NKI zählen u.a. die Wiederaufnahme der Förderung von Mini-KWK, die finanzielle Förderung für höchst energieeffizienter Geräte in einkommensschwachen Haushalten und die Ausweitung der Fördersäule „Masterplan 100% Kli-

maschutz“ für Gewerbeparks, Handel und Industrie. Empfohlen wird außerdem die Erweiterung der kommunalen Förderung u.a. für die Quartierssanierung, für die Bereiche Abfall und Abwasser (z.B. hocheffiziente Müllverbrennungsanlagen) und für Maßnahmen zur Verlagerung des motorisierten innerörtlichen Verkehrs, außerdem die Innovations- bzw. Kleinserienförderung etwa von Effizienz-Technologien.

Für die vorgeschlagenen Fördermaßnahmen sei je nach konkreter Ausgestaltung ein zusätzlicher jährlicher Mittelbedarf von zwischen 160 Mio. Euro und 270 Mio. Euro zu veranschlagen.

Zur BMU-Klimaschutzinitiative

Neue EU-Energieeffizienzlabel verpflichtend

Das neue EU-Energieeffizienzlabel für Haushaltsgroßgeräte und Fernseher wird ab dem 30. November verbindlich. Piktogramme sollen Auskunft über weitere technische Eigenschaften eines Geräts geben.

Neu ist auch die Energieeffizienzklasse A+++ für sehr effiziente Kühl- und Gefriergeräte. Für Fernsehgeräte wird es erstmals ein europaweit einheitliches Energieverbrauchsetikett geben und dabei Energieeffizienzklasse A die beste sein.

Am 20. Dezember wird die neue Kennzeichnung auch für Waschmaschinen und Geschirrspüler verpflichtend. Für Elektrobacköfen, Raumklimageräte, Wäsche- und Wäschetrockner bleibt das EU-Label in seiner bisherigen Form gültig. Hier sind besonders energieeffiziente Geräte nach wie vor mit der Energieeffizienzklasse A gekennzeichnet.

Die Originalmeldung

Energieeinheiten-Umrechner als Smartphone App

Nutzer von Smartphones mit dem Betriebssystem Android und iPhones mit dem Betriebssystem iOS können sich den Energieeinheiten-Umrechner der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) als kostenlose Applikation (App) laden.

Android und iOS sind Betriebssysteme für Mobiltelefone mit erweiterten Computereigenschaften. Die Funktionen der App sollen einfache Umrechnungen von Energieeinheiten, physikalischen Angaben und Preisen aus praktisch allen Bereichen der Energieversorgung ermöglichen. Bei der Umrechnung von Energiepreisen je Energieeinheit in verschiedene Währungen werden die Devisenkurse beim Programmstart automatisch durch

Daten der Europäischen Zentralbank EZB aktualisiert.

Apps für Smartphones mit dem Betriebssystem Android
Apps für iPhones mit dem Betriebssystem iOS

Neuer Leitfaden für Bürgerenergieanlagen

Eine Broschüre der EnergieAgentur.NRW gibt Tipps, wie Bürger gemeinschaftlich erneuerbare Energieanlagen betreiben und finanzieren können. Anhand konkreter Beispiele erläutert der Leitfaden mit dem Titel „Klimaschutz mit Bürgerenergieanlagen“ welche Gesellschaftsformen sich für derartige Projekte eignen. Darüber hinaus gibt die Broschüre Betreibergesellschaften Ratschläge dafür, wie sich geplante Bürgerenergieanlagen erfolgreich finanzieren lassen.

Dabei teilt sich der Leitfaden thematisch in zwei Gruppen: Mit dem Kapitel „Bürger produzieren mit!“ berät er Bürger, die mit ihren Gemeinschaftsanlagen tatsächlich direkt Strom und Wärme erzeugen. Im Kapitel „Bürger finanzieren mit!“ wird auch auf Modelle eingegangen, bei denen die Bürger in erster Linie die Finanzierung übernehmen.

Der Leitfaden zum Download

Leitfaden für mehr Energieeffizienz im Unternehmen

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) hat einen Leitfaden für Betriebsräte und Beschäftigte veröffentlicht, der zeigen soll, wie sie sich in ihrem Unternehmen für mehr Energieeffizienz einsetzen können. Möglichkeiten dafür seien z.B. Betriebsvereinbarungen, Weiterbildung oder die Mitarbeit an einer „Unternehmensstrategie Energieeffizienz“. Der Leitfaden zeigt auch, wo Potenziale für mehr Energieeffizienz in Unternehmen liegen und welche Maßnahmen erfolgversprechend sind. Ein Serviceteil gibt einen Überblick über aktuelle Fördermöglichkeiten, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, sowie Kontakte und weitere Informationsmöglichkeiten.

In einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hatten die Experten anhand der Branchen Chemieindustrie, Maschinenbau und Transport & Logistik untersucht, wie Energieeffizienz in der Praxis auf die Beschäftigungssituation von Unternehmen wirkt. Demnach könnten Kosten reduziert, Wettbewerbsfähigkeit erhalten und die Beschäftigung gesichert werden, wenn Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz erfolgreich umgesetzt würden.

Die Originalmeldung

BP-Klimaschutzwettbewerb für Schulen

Die BP Europe SE und der Zeitbild Verlag haben zum 3. Mal den Schulwettbewerb „Klima & Co“ gestartet. Schulen in ganz Deutschland sollen dabei Ideen zum Energiesparen entwickeln. Über 50 Schulen haben sich laut BP bereits angemeldet. Sie haben ein virtuelles Budget von 50.000 Euro zur Verfügung, mit dem sie ein Konzept entwickeln sollen, um den CO₂-Ausstoß an ihrer Schule nachhaltig zu senken. In diesem Jahr könnten Schulen erstmals auch ihren Hausmeister als „Klimameister“ vorschlagen und zusätzlich 1.000 Euro für die Anschaffung neuer Arbeitsgeräte gewinnen.

Die drei Siegerschulen sollen ein Preisgeld von insgesamt 100.000 Euro erhalten, mit dem sie ihre Pläne in die Tat umsetzen sollen. 10 weitere Schulen sollen Sonderpreise in Höhe von jeweils 10.000 Euro erhalten. In den vergangenen Jahren hätten sich über 350 Schulen beteiligt und Vorschläge eingereicht, mit denen insgesamt rund 24.500 Tonnen CO₂ eingespart werden könnten.

Weitere Informationen: <http://www.klima-und-co.de/>
Die Originalmeldung

Institut für nachhaltiges Wachstum in Berlin geplant

In Berlin soll ein neues Institut für Forschung und wissenschaftliche Politikberatung mit dem Schwerpunkt nachhaltiges Wachstum entstehen. Das gemeinsam von der Stiftung Mercator und dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) geplante Institut soll den Namen „Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change“ (MCC) erhalten. Die Leitung übernimmt der Vize-Direktor des PIK, Prof. Dr. Ottmar Edenhofer. Bisher sind für das MCC vier Forschungsgruppen zu den Themenbereichen Wirtschaftswachstum, Ressourcen und Internationaler Handel, Infrastrukturen sowie Transport geplant. Diese sollen zusammen mit Entscheidern aus Wirtschaft und Politik Lösungsstrategien für eine nachhaltige Weltwirtschaft sowie die Vermeidung des Klimawandels erarbeiten. Darüber hinaus ist eine Abteilung für Assessments und wissenschaftliche Politikberatung geplant. Das MCC soll bis April 2012 als gGmbH in Berlin gegründet werden und wird für acht Jahre mit rund 17 Millionen Euro aus den Mitteln der Stiftung Mercator gefördert. Dabei sollen im kommenden Jahr rund 40 neue Stellen entstehen. Als Standort für das MCC ist das Euref-Gelände im Berliner Bezirk Schöneberg vorgesehen.

Mehr Informationen zum geplanten Institut gibt es unter www.mcc-berlin.net.

Die Originalmeldung

Berliner Wohnungsunternehmen unterzeichnen Klimaschutzvereinbarung

Die Berliner Wohnungsunternehmen HOWOGE und GESOBAU haben am 21. November mit dem Berliner Senat eine CO₂-Obergrenze für insgesamt 90.000 Wohnungen vereinbart. Dieser CO₂-Deckel bezieht sich bei beiden Unternehmen auf die durch Heizen, Warmwasserversorgung und Strombedarf verursachten CO₂-Emissionen.

Bis zum Jahr 2020 verpflichtet sich die HOWOGE eine CO₂-Obergrenze von 1,12 Tonnen jährlich pro Wohnung zu erreichen. Durch Modernisierungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren liegt die durchschnittliche CO₂-Emission einer HOWOGE Wohnung bereits jetzt bei 1,18 Tonnen pro Jahr und damit rund 60 Prozent unter dem in Berlin üblichen Durchschnitt von 2,97 Tonnen.

Die von der GESOBAU angestrebte CO₂-Obergrenze bis zum Jahr 2020 liegt bei 1,38 Tonnen jährlich pro Wohneinheit. Der aktuelle CO₂-Ausstoß einer durchschnittlichen GESOBAU-Wohnung liegt bei 2,7 Tonnen. Die GESOBAU erklärt sich mit dem neuen Klimaschutzabkommen somit dazu bereit, den eigenen CO₂-Ausstoß zu halbieren.

Unterzeichnet werden die beiden neuen Vereinbarungen auf Grundlage des Klimaschutzabkommens, das zwischen Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) und Land Berlin am 9. September 2011 geschlossen wurde. Dieses neue Klimaschutzabkommen baut auf der Ende 2010 ausgelaufenen ersten Klimaschutzvereinbarung des Landes Berlin mit der Wohnungswirtschaft auf. Auf seiner Basis hatten die sechs städtischen Wohnungsunternehmen die CO₂-Emissionen ihrer rund 270.000 Wohnungen bis 2010 im Vergleich zu 2006 bereits um rund 91.000 Tonnen pro Jahr verringert.

Die Originalmeldung

KEBAB gGmbH feiert 25 Jahre Klimaschutz

Die KEBAB gGmbH (Kombinierte Energiespar- und Beschäftigungsprojekte aus Berlin) feierte in diesem Jahr 25. Geburtstag. Zu diesem Anlass trafen sich bereits im Juni Vertreter aus Wohnungswirtschaft, den Senat- und Bezirksverwaltungen sowie aus sozialen Unternehmen und der Investitionsbank Berlin, um die gemeinsam erreichten Erfolge zu feiern. Und die können sich sehen lassen: So rechnete Siegfried Rehberg vom BBU vor, dass

die durch das Projekt „Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung“ (QUAB) eingesparte Menge an Heizöl einer Strecke von Tanklastzügen von Berlin bis Neuruppin (70 Kilometer) entspräche. Anke Otto, Umweltstadträtin in Steglitz-Zehlendorf lobte das durch die KEBAB gGmbH erstellte und verwaltete bezirkliche Energiedatenmanagement, dessen Datenbank nun auch für das aktuelle Klimaschutzkonzept genutzt würde.

Hugo Starcken, Geschäftsführer der KEBAB gGmbH freute sich über die gute Zusammenarbeit, betonte aber auch, dass man bei der energetischen Sanierung noch nicht weit genug sei. Vielmehr gelte es hier noch schlummernde Potenziale auszuschöpfen und dem Modernisierungstau noch effizienter und umfangreicher zu begegnen.

Die Originalmeldung

Tipps für ein klimafreundliches Weihnachtsmenü

Die gemeinnützige co2online GmbH gibt unter www.klimasucht-schutz.de Ratschläge für ein klimaschonendes Festessen. Zu den auf der Website vorgestellten Tipps gehört unter anderem der Rat auch zu den Feiertagen weniger Fleisch zu essen. Denn bereits mit zwei vegetarischen Tagen pro Woche könne man rund 99 Kilogramm CO₂ jährlich einsparen. Wer jedoch nicht auf Braten & Co. verzichten möchte, dem empfiehlt co2online Geflügel zu servieren, da dieses weniger Treibhausgasemissionen verursache als beispielsweise Rindfleisch. Darüber hinaus sollten Konsumenten auf den Kauf regionaler und saisonaler Produkte achten und frische Lebensmittel tiefgekühlter und konservierter Ware vorziehen.

Für die klimafreundliche Zubereitung des Festmahls empfehlen die Experten von co2online den Einsatz von passenden Topfdeckeln. Hiermit lasse sich bereits unkompliziert zwei Drittel an Energie einsparen. Plätzchen sollten vor allem mit Umluft gebacken werden, da hierbei problemlos mehrere Bleche gleichzeitig im Ofen bleiben können. Darüber hinaus könne man auch die Nachwärme des Backofens nutzen und diesen bereits einige Minuten vor Ende der Backzeit ausschalten.

Diese und weitere Tipps gibt es online unter www.klimasucht-schutz.de.

Die Originalmeldung